

Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen
der Bestandsaufnahme

**Partizipation: Beteiligung und Teilhabe von Kindern und
Jugendlichen
in Baden-Württemberg**

Überblick über Angebotsformen, Akteure, Projekte und Themen

**Prof. Dr. Albert Scherr , M.A. Lena Sachs
2015**

Gliederung

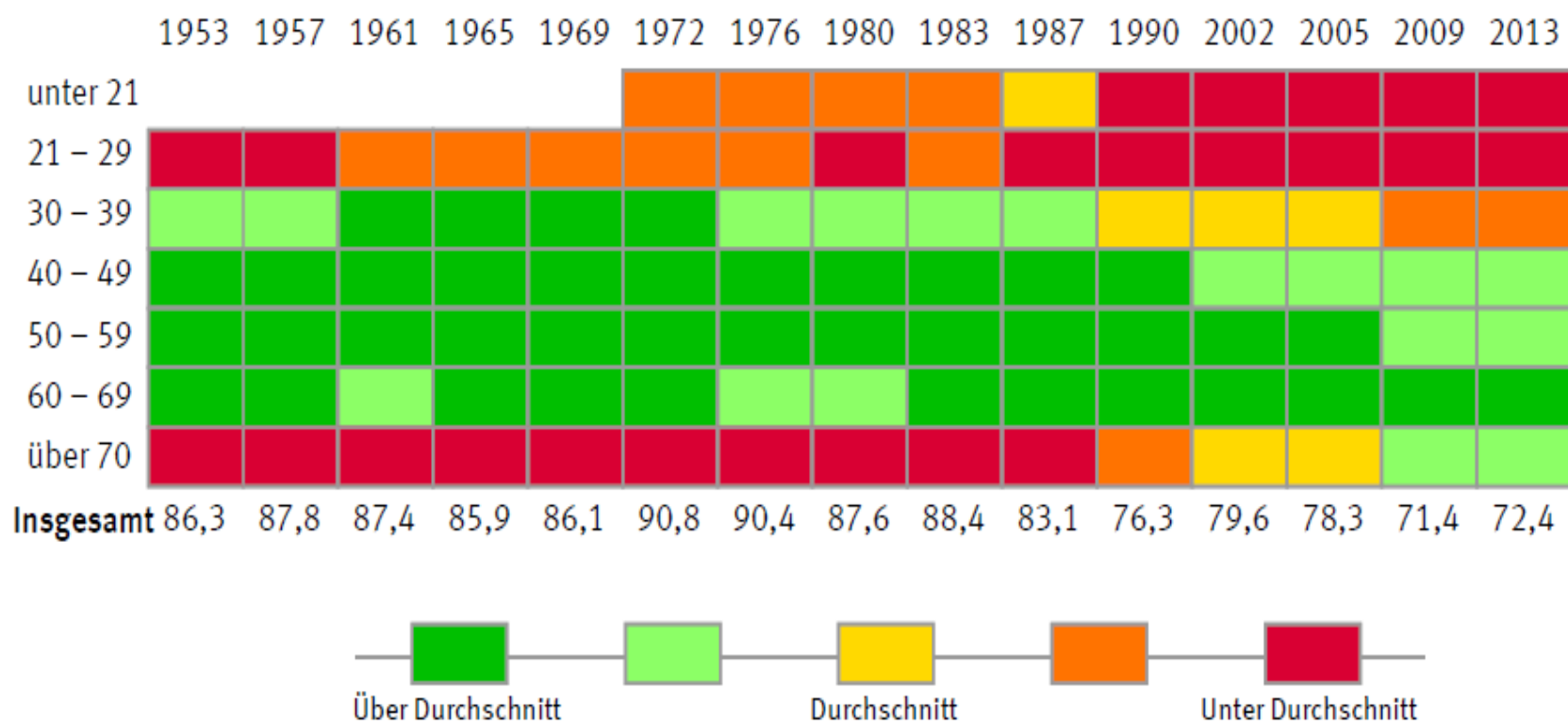
- 1. Begriffsbestimmung**
- 2. Stand der Forschung über Formen und Reichweite von Jugendbeteiligung**
- 3. Partizipation und Engagement auf kommunaler Ebene**
- 4. Partizipation und Engagement auf landesweiter Ebene**
- 5. Partizipation als Konfliktfeld**
- 6. Zentrale Empfehlungen**

Wahlbeteiligung Bundestagswahlen

1949	78,5		1983	89,1
1953	86,0		1987	84,3
1957	87,8		1990	77,8
1961	87,7		1994	79,0
1965	86,8		1998	82,2
1969	86,7		2002	79,1
1972	91,1		2005	77,7
1976	90,7		2009	70,8
1980	88,6		2013	71,5

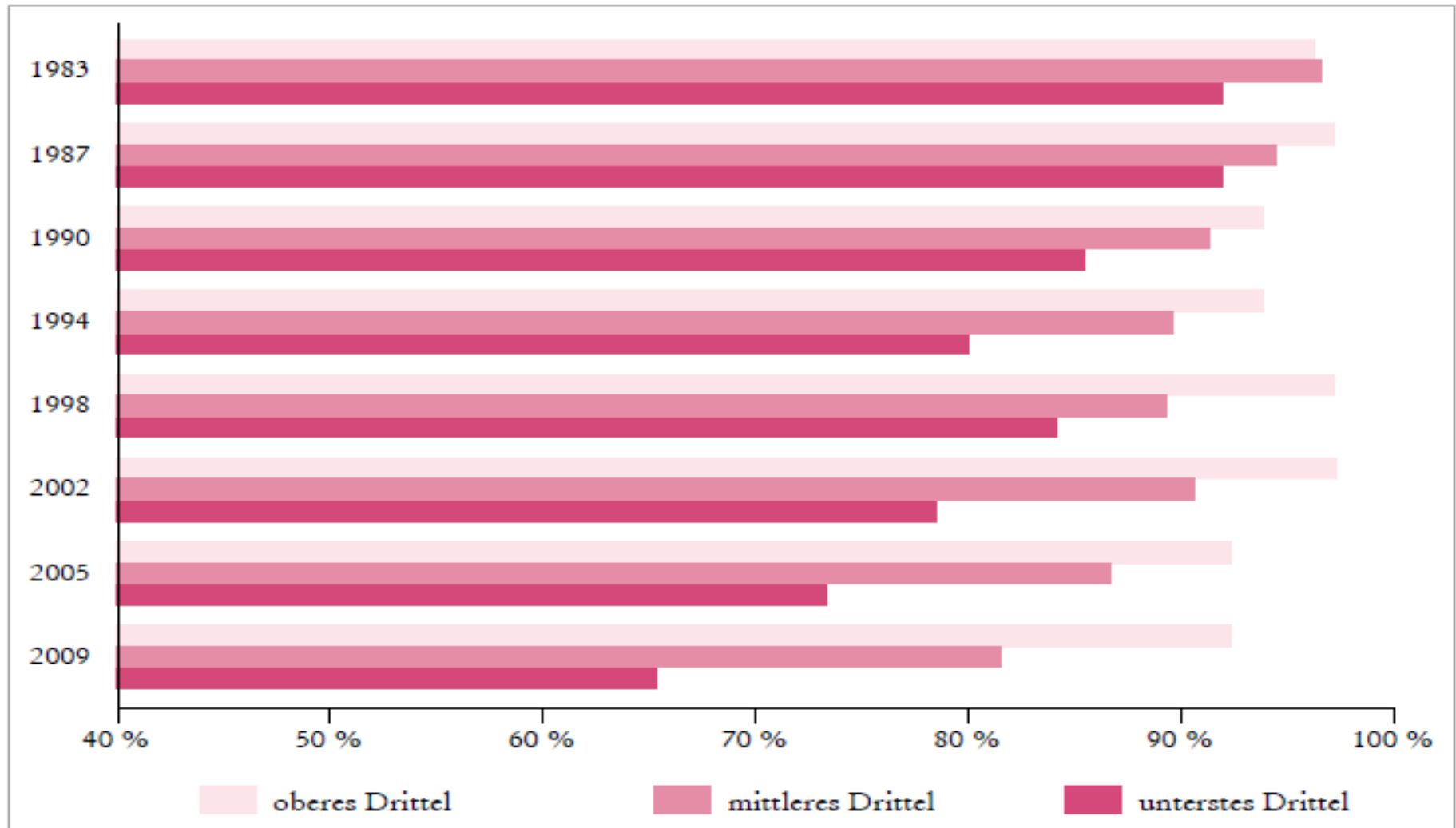
Überproportionaler Wahlbeteiligungsrückgang bei Jüngeren

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei Bundestagswahlen seit 1953



Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Einkommensgruppen, 1983-2009

In: Schäfer, A. (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler, APuZ 48-49/2013, S. 44



Quelle: ALLBUS 1980–2012

1. Begriffsbestimmung

- *Partizipation*: die Möglichkeit, sich als gleichberechtigtes Subjekt an öffentlichen Diskursen und Entscheidungen zu beteiligen und dabei eigene Interessen wirksam einzubringen.
- *Freiwilliges Engagement*: ehrenamtliche Übernahme verantwortlicher Tätigkeiten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die über eine bloße eigene *Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten* hinausgeht.
- Partizipation und freiwilliges Engagement leisten nur dann einen Beitrag zu Demokratisierung, wenn die Strukturen und Prozesse sowie die Inhalte bestimmte *Qualitätsmerkmale* aufweisen.
 - Z.B.: strukturelle Verankerung von demokratischen Prinzipien und Partizipationsrechten (z. B. in Gemeindeordnungen; Projektrichtlinien, Vereinssatzungen); Transparenz und Ergebnisoffenheit von Partizipationsprozessen; Orientierung von Beteiligungsformen an demokratisch und menschenrechtlich legitimen Zielsetzungen.

2. Ausgewählte Forschungsergebnisse

- 2009 waren 41% der Baden-Württemberger/innen freiwillig engagiert (Bundesdurchschnitt 36%):
- Freiwilliges und politisches Engagement sind **alters- und bildungsabhängig**:
 - 48% freiwillig Engagierte unter den 14-19 Jährigen; 41% unter den 20-24 Jährigen; 40% unter den 25-29 Jährigen;
 - Jugendliche die ein Gymnasium besuchen, sind fast doppelt so häufig engagiert als jugendliche Haupt- oder Realschüler/innen.
 - Engagement von Jugendlichen ist **im politischen Bereich** sowie **bei institutionalisierten, längerfristigen Formen** relativ gering;
 - 2004 – 2009 **leichter Rückgang** des Engagements: um 2% unter den 14 – 30 Jährigen;
 - 36%, der in der Shell Jugendstudie Befragten bezeichneten sich 2010 als politisch interessiert (2006: 30%).

Migrationserfahrungen / Gender-Bias

- Der Migrationshintergrund stellt keinen eigenständigen Einflussfaktor dar; substantielle Unterschiede bestehen bei Kontrolle intervenierender Variablen nur zwischen Jugendlichen mit und ohne eigener Migrationserfahrung;
- weibliche Jugendliche sind insgesamt etwas engagierter als männliche und zeigen eine höhere grundsätzliche Engagementbereitschaft; männliche Jugendliche sind bei institutionalisierten Formen stärker vertreten;
- bei den Tätigkeitsfeldern zeichnen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede ab;

Stadt-/Land Differenz

- Bevölkerungsrückgang und Alterung der Bevölkerung insbesondere im ländlichen Raum;
- bessere finanzielle sowie personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit sowie Sozialarbeit in den Städten;
- Kinder- und Jugendarbeit und Sozialarbeit im ländlichen Raum stärker durch Ehrenamt geprägt;
- Entwicklung der Engagiertenquote 2004 – 2009 in Baden-Württemberg (alle Altersgruppen)
 - Ländlicher Raum: - 20%
 - Städtische Kerngebiete: + 5%

3. Partizipation und Engagement auf kommunaler Ebene

Einführung des kommunalen aktiven Wahlrechts 2014 ab 16 Jahren

- **Uneinheitliche Wahlbeteiligung** in den Städten zwischen 26,1% und 58%;
- keine Aussagen zur Wahlbeteiligung im ländlichen Raum möglich;

Konzeptionelle Verankerung in den Stadtkreisen

- **Partizipationsmix** als gängige Praxis;
- Vielfalt an Beteiligungsformen soll auch benachteiligte Jugendliche ansprechen;
- **kein einheitliches Beteiligungsmodell**: Modelle sind Folge regionaler Gegebenheiten und Strukturen.
- Auch im ländlichen Raum punktuell Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Jugend(gemeinde)räten oder offenen Formen;
- das Einbeziehen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen wurde von den Landkreisen nicht thematisiert.

Kommunale Beteiligung wird auf Landesebene gefördert

- Modellprojekt „Jugend BeWegt“;
- Änderung der Gemeindeordnung → strukturelle Verankerung von Partizipationsrechten.

4. Partizipation und Engagement auf Landesebene

- Landesweite Projekte zur politischen Partizipation (U 18 Wahlen, Jugendlandtag u.a.) eröffnen keine tatsächlichen Möglichkeiten der Einflussnahme, sondern sind als Projekte der politischen Bildung zu betrachten;
- die Projekte weisen relativ geringe Reichweite auf;
- Auch bei Projekten zur politischen Partizipation und freiwilligem Engagement auf Landesebene reproduzieren sich soziale Ungleichheiten und Geschlechterverhältnisse.

Jugendverbandsarbeit

- Insbesondere die Sportverbände haben eine große Reichweite bei gemeinschaftlichen Aktivitäten und freiwilligem Engagement;
- Jugendverbandsarbeit spielt insbesondere im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. Sie ist nicht selten das einzig erreichbare Angebot.
- Die Anzahl der Jugendverbandsmitglieder in Baden-Württemberg ist relativ konstant;
- formal bestehen Mitbestimmungsmöglichkeiten auch für jüngere Mitglieder;
- es bleibt unklar ob der hohe Partizipationsanspruch der Jugendverbandsarbeit in der Praxis eingelöst wird;
- Reproduktion sozialer Ungleichheiten und Geschlechterverhältnisse;

Offene Kinder- und Jugendarbeit

- Relativ größte Reichweite nach Sportvereinen und kirchlicher JA;
- erreicht in Städten insbesondere als sozial benachteiligt geltende Jugendliche
- OKJA bietet erhebliche Potentiale für die Förderung von Engagement und Partizipation; es bleibt unklar, ob der Partizipationsanspruch im heterogenen Arbeitsfeld realisiert wird;
- Infragestellung der Prinzipien (Freiwilligkeit, Mitbestimmung) der OKJA durch Vereinnahmung durch Ganztagschule;

- Mitbestimmungsmöglichkeiten sind begrenzt; keine Entscheidungsmöglichkeiten bei Finanz- und Personalfragen;
- relativ große Dichte an Einrichtungen in Städten;
- im ländlichen Raum haben nicht alle Kinder- und Jugendliche Zugang zu leicht erreichbaren Angeboten;
- insbesondere in ländlichen Regionen sind selbstverwaltete Jugendtreffs verbreitet,
- Unter dem Gesichtspunkt Förderung von Engagement und Partizipation können selbstverwaltete Jugendtreffs tendenziell als eine ideale Organisationsform betrachtet werden.

Jugendsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit

- Jugendsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit richten sich überwiegend an sozial benachteiligte Jugendliche;
- belastbare Einschätzungen zur Einlösung des Partizipationsanspruchs der Jugendsozialarbeit liegen nicht vor;
- In der Jugendsozialarbeit ist eine Fachdiskussion über die Möglichkeiten, auch Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen an Entscheidungen zu beteiligen sowie ihnen Möglichkeiten des Engagements und der politischen Interessenvertretung zu öffnen, anzuregen;
- eine auf Empowerment ausgerichtete Mobile Jugendarbeit stellt einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Partizipation benachteiligter Jugendlicher dar;

- Mobile Jugendarbeit ist in einem Konfliktfeld situiert und Partizipationsbemühungen benachteiligter Jugendlicher stoßen in lokalen Kontexten häufig auf Widerstände;
- aus der mobilen Jugendarbeit liegen Beispiele vor, die als erfolgreiche Beispiele von Partizipation, Verantwortungsübernahme und Selbstorganisation von Jugendlichen gelten;
- ob die Mobile Jugendarbeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Lage ist, die Interessenvertretung benachteiligter Jugendlicher tatsächlich ausreichend und wirksam zu unterstützen wäre durch Evaluation zu überprüfen.

5. Partizipation als Konfliktfeld

- Formen der politischen Jugendbeteiligung, die sich außerhalb der organisierten Jugendarbeit entwickelt haben, werden in relevanten Fällen nicht solche, sondern als „unerwünschtes“ Verhalten Jugendlicher wahrgenommen;
- Fanggruppierungen, die in einigen Städten ein einflussreicher Bestandteil der Jugendkultur sind, werden vielfach nicht als eine bedeutsame jugendkulturelle Strömung, sondern ausschließlich als vermeintlich gewaltbereite Problemgruppe wahrgenommen.

6. Zentrale Empfehlungen

- Förderung des ländlichen Raums auf der Grundlage von sozialräumlichen Analysen;
- verstärkte Förderungen von Maßnahmen und Programmen, die dazu geeignet sind, die Auswirkungen sozialer Ungleichheiten auf Engagement und Partizipation aufzubrechen;
- Weiterentwicklung bestehender und Erprobung neuer Beteiligungsformen unter Überprüfung ihrer Reichweite sowie ihrer Akzeptanz durch die Adressat/innen;
- Förderung von Beteiligungskonzepten, die nicht nur Interessenartikulation, sondern auch Mitentscheidungsrechte von Kindern und Jugendlichen vorsehen;
- Vermeidung einer Fortschreibung von Stereotypen über die vermeintliche Besonderheit migrantischer Kinder und Jugendlicher; Auseinandersetzung mit diskriminierenden Strukturen und Praktiken auch in der Jugendarbeit treten.

- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene;
- Angemessene Berücksichtigung von Formen der selbstorganisierten Jugendarbeit in einschlägigen Förderrichtlinien.